



ZUKUNFTSENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Mit den „drei E's“ die Energiewende schaffen und den Klimaschutz voran bringen

Die Erdbebenkatastrophe in Japan und die darauf folgende Kernschmelze, die durch den Ausfall der Notkühlsysteme im Atomkraftwerk Fukushima entstanden ist, hat auch in Deutschland die Frage nach der Sicherheit von Atomkraftwerken neu entfacht. Die schwarz-gelbe-Bundesregierung, die erst im Herbst 2010 mit Unterstützung der hessischen Landesregierung die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke verlängerte, will dies jetzt vergessen machen. Wir halten ein fundamentales Umdenken und die Neubewertung des seit Japan nicht mehr abstrakten Begriffes „Restrisiko“ für dringend notwendig. Das Ergebnis kann nur lauten: den Ausstieg aus dem Atomausstieg rückgängig zu machen, die Atomkraftwerke schnellstmöglich abzuschalten und die Energiewende zu beschleunigen.

BIBLIS NICHT MEHR ANS NETZ

Die sieben ältesten Atommeiler, darunter auch Biblis A und B, sind inzwischen heruntergefahren. Sie dürfen nie mehr ans Netz gehen. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse stellt sich für Hessen unmittelbar die Frage der zukünftigen Energieversorgung. Wir sehen jetzt die Chance, die Weichen in Richtung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu stellen. Die von den Energiekonzernen geschürte Panik vor einer angeblich drohenden Versorgungslücke darf nicht dazu führen die für die Energiewende nötigen Investitionen in Richtung neuer fossiler Großkraftwerke zu lenken. Wir sind bei der Frage der zukünftigen Energieversorgung und des Klimaschutz-

zes Vorreiter. Bereits 2007 gab es in Hessen GRÜNE Konzepte, die der Frage nachgingen, in welchem Zeitraum eine



Windenergie wird auch in Hessen eine wichtige Rolle spielen

Andrea Kusajada / pixello.de

hundertprozentige Versorgung Hessens mit Strom aus erneuerbaren Energien erreichen lässt. Es führt kein Weg an der Energiewende vorbei. Zum einen weil wir uns von der unverantwortlichen Hochrisikotechnologie Atomkraft verabschieden müssen. Zum anderen weil es weiterhin nötig ist, als Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel, den hessischen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern.

ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ VORAN BRINGEN

Denn es geht nicht nur um die Frage, wie hoch der Anteil der erneuerbaren Energien ist, sondern auch darum, wie und welchen Beitrag Hessen leistet, um das globale Ziel, die Erderwärmung nicht über 2°C ansteigen zu lassen, zu erreichen. Mittlerweile sind über elf Jahre vergangen. Elf Jahre, in denen die Regierung Koch/Bouffier zwar viel über Klimaschutz geredet, tatsächlich aber keinerlei konkrete Maßnahmen ergrif-

fen hat, um den Klimaschutz in Hessen voranzubringen. Wir müssen dafür jetzt umso entschlossener mit der Energiewende endlich auch in Hessen beginnen.

Wir als Landtagsfraktion haben jetzt den aktualisierten Strombereich des GRÜNEN Energiekonzeptes vorgelegt. Wir zeigen erneut deutlich auf, dass ein Versorgungsengpass für Hessen ohne das Atomkraftwerk Biblis nicht besteht und auch kein weiterer kurzfristiger Ausbau von neuen Kohlekraftwerken notwendig ist. Im Gegenteil, diese rückwärtsgewandte Technologie würde den Ausbau der erneuerbaren Energien stören und dadurch die mögliche Energiewende deutlich verzögern. Eine 100-prozentige Versorgung Hessens mit Erneuerbaren Energien ist bis 2030 möglich.

AUCH WÄRME UND VERKEHR BERÜCKSICHTIGEN

Neben dem Strombereich müssen jedoch auch die Bereiche Wärmeerzeugung und Verkehr berücksichtigt werden. Hier muss ebenso die Wende hin zu den „drei E's“ Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien engagiert in Angriff genommen werden. Und auch daran arbeiten wir. Wir wollen, dass bis zum Jahr 2020 in Hessen 40% des CO₂-Ausstoßes eingespart und 40.000 neue Jobs in der Umweltbranche geschaffen werden. Hessen hat schon zu viel Zeit verloren. Die Energiewende muss jetzt beginnen.

www.guene-fraktion-hessen.de -
Themen - Energie & Klimaschutz



UMWELT- UND KLIMAGERECHTE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

Verbraucherschutz und Landwirtschaft besser miteinander verbinden

Wir als GRÜNE Fraktion im Hessischen Landtag wollen Verbraucher- und Umweltschutz besser mit der Landwirtschaft verbinden. Die landwirtschaftliche Produktion soll sich noch stärker an den Wünschen der Verbraucher orientieren. Sie muss insgesamt klima-, umwelt- und tierschutzfreundlicher werden. Aber auch die Verbraucher sollen durch ihr Nachfrageverhalten Verantwortung für gesunde Lebensmittel übernehmen. Faire Preise für qualitativ hochwertige Produkte, deren Herkunft nachvollziehbar ist und die umweltfreundlich hergestellt wurden, setzen Anreize für eine nachhaltige Landwirtschaft. Faire Bezahlung bäuerlicher Arbeit ist eine Grundvoraussetzung dafür, um auch in Hessen langfristig viele Bauernhöfe erhalten zu können.

NACHFRAGE NACH BILLIGEM FLEISCH IST EIN PROBLEM

Der Dioxinskandal im Januar 2011 hat gezeigt, dass in der Futtermittel- und Lebensmittelproduktion einiges im Argen liegt. Die große Nachfrage nach billigem Fleisch steigert in der Landwirtschaft die Nachfrage nach billigen Futtermitteln und begünstigt somit kriminelle Machenschaften im Futtermittelsektor. Wir setzen hier auch auf die Verantwortung der Verbraucher, die erkennen müssen, dass ruinös niedrige Preise nur mit zweifelhaften Futtermitteln und tierquälerischer Haltung erreicht werden können. Aber auch der Staat muss handeln. Die staatliche Überwachung von Futter- und Lebensmitteln ist personell und finanziell nur unzureichend ausgestattet und die Kontrollen sind damit lückenhaft. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, dass die behördliche Überwachung verbessert wird und zusätzlich die Eigenkontrollen der Futtermittelunternehmen verstärkt und effektiver gestaltet werden.

Wir haben ein Konzept für eine andere Agrarpolitik in Hessen erarbeitet. Ziel ist

es in Hessen möglichst viele Betriebe und eine flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten. Wir wollen den ökologischen Landbau, der für uns das Leitbild einer zukunftsfähigen Landwirtschaft ist, bis zum Jahre 2020 um zehn auf zwanzig Prozent ausdehnen und Hessens Landwirtschaft weiterhin gentechnikfrei



Auch Verbraucher haben Verantwortung

halten. Aber auch den konventionell wirtschaftenden Landwirten in Hessen wollen wir Angebote machen, damit sie sich stärker an ökologischen Fragestellungen und den Wünschen der Verbraucher ausrichten und sich damit mehr Chancen am Markt erarbeiten können.

TIERE ARTGERECHT HALTEN UND REGIONAL VERMARKTEN

Zum Beispiel wollen wir erreichen, dass Tiere in Hessen artgerecht gehalten werden, dass deren Fleisch auch in hiesigen Märkten angeboten und verkauft wird und die Bauern dafür faire Preise erhalten. Damit die Verbraucher bereit sind, höhere Preise für Fleisch aus Hessen zu bezahlen, was nicht von gequälten Tieren kommt, müssen sie allerdings wissen wie die Tiere gehalten wurden. Wir wol-

len deshalb, dass die Landesregierung zusammen mit Landwirten, Wissenschaft und Lebensmittelwirtschaft Kriterien für eine freiwillige Kennzeichnung von tiergerecht erzeugtem Qualitätsfleisch aus Hessen entwickelt. So sollen die Verbraucher Produkte aus tiergerechter hessischer Haltung anhand eines eindeutigen Siegels im Kühlregal schnell und sicher erkennen können.

FÖRDERUNG AUF ALLEN EBENEN VERÄNDERN

Alle Umfragen bei Verbrauchern stellen fest, dass regional, tiergerecht und ökologisch erzeugte Produkte das meiste Vertrauen genießen. Damit sich die hessische Landwirtschaft diesem Trend stellen kann, wollen wir die politischen Rahmenbedingungen durch Änderungen in der Förderung auf Landes-, wie auch auf Bundes- und EU-Ebene verändern. Beispielsweise schlagen wir vor, dass der Bau neuer Ställe nur dann mit Steuermitteln gefördert wird, wenn die Tiere nach strengen Kriterien artgerecht gehalten werden. Ein weiteres Kriterium soll sein, dass die Betriebe mindestens die Hälfte des benötigten Futters für die Tierhaltung auf eigener Fläche erzeugen müssen. Damit wird der immense Zukauf von Billigfutter für die Intensivtierhaltung, was auch Ursache für den Dioxinskandal war, reduziert.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Landwirtschaft

GRÜNE AGRARPOLITIK FÜR HESSEN

Hessens Landwirtschaft hat für uns eine hohe Bedeutung, denn sie soll uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen und unsere Ernährung sicherstellen. Sie ist wichtig für lebendige ländliche Räume und für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf dem Land. Zudem hat sie eine hohe Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Landschaft. Wir wollen politische Rahmenbedingungen für eine moderne bäuerliche Landwirtschaft gestalten, die der Erhaltung der natürlichen Ressourcen und den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher verpflichtet ist. Leitbild ist für uns dabei der ökologische Landbau, denn dieser wird nachweislich den Herausforderungen in allen Bereichen am besten gerecht.

Alle Konzepte der Landtagsfraktion finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de/landtag/konzepte-fuer-hessen

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER



LEBENSÄRÄUME KONSEQUENT ERHALTEN UND SCHÜTZEN

Ein entschlossenes Handeln für den Schutz der Natur, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und somit für die nachfolgenden Generationen gehört zu den politischen Leitlinien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ist eine unserer wesentlichen Zukunftsaufgaben. Moderner Naturschutz muss in alle Politik- und Gesellschaftsbereiche hinein wirken. Ein weiter anhaltender Rückgang der Artenvielfalt und Lebensräume darf nicht mehr hingenommen werden. In Hessen fehlt noch immer ein Konzept, um den Verlust der Biodiversität zu stoppen. Wir brauchen deshalb ein Naturschutzgesetz, das diesen Namen wieder verdient. Rein wirtschaftlichen Interessen darf nicht vorbehaltlos der Vorrang gegeben werden.

NATUR ERLEBEN KÖNNEN

Es müssen wieder große Landschaftsschutzgebiete geschaffen, die Anzahl der gesetzlich geschützten Biotope muss erhöht und die Beschneidung der Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände muss rückgängig gemacht werden. Wir setzen uns auch dafür ein,



Naturschutz ist eine wichtige Gesellschaftsaufgabe

dass Natur erlebbar bleibt. Dafür bedarf es vieler unterschiedlicher Naturräume, wo Bürgerinnen und Bürger die Natur erfahren können, wie der bereits vorhandene Nationalpark Kellerwald-Edersee, die Naturparke und alle sonstigen Schutzgebiete. Wir setzen uns für den Erhalt und die Erweiterung des von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservats Rhön ein. Auch in den Städten brauchen wir grüne Oasen für eine höhere Wohn- und Lebensqualität und zur Naherholung. Naturschutz in der Stadt ist ein wichtiger Standortfaktor für Ballungsräume wie das Rhein-Main-Gebiet.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Naturschutz

BEIM TIERSCHUTZ AN EINEM STRANG ZIEHEN

Wir, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, welchen hohen Stellenwert der Tierschutzgedanke bei den Bürgerinnen und Bürgern hat und wie viel für den Schutz der Tiere erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Wir müssen eine öffentliche und parlamentarische Debatte darüber führen, mit welchen Regelungen wir mehr Tierschutz und vor allem auch einen effektiveren Vollzug sicherstellen können. In vielen Bereichen besteht noch immer

dringender Handlungsbedarf. Angefangen bei Schlachtungen in Großschlachthöfen wo oft die Kontrollen, ob die Tiere vollständig betäubt sind, fehlen. Bis hin zur Vermeidung und Reduktion von

TIERVERSUCHE VERMEIDEN

Tierversuchen auf das absolut Unvermeidbare mit Hilfe von modernen tierversuchsfreien Prüfstrategien wie Computermodellen oder Zellkulturverfahren. Wir setzen uns für eine Verbesserung

der Situation der hessischen Tierheime ein. Steigende Unterhaltskosten und massive Spendenrückgänge stellen viele Tierheime vor große finanzielle Probleme. Wir haben deshalb die Landesregierung aufgefordert, die Situation der hessischen Tierheime zu verbessern und klare verbindliche Regelungen für eine verlässliche Finanzierung zu finden.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Tierschutz

ANGELA DORN



Sprecherin für Verbraucher- und Ressourcenschutz, Belange der Studierenden

Tel.: 0611/350 634
E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de
www.angeladorn.de

URSULA HAMMANN



Sprecherin für Umwelt, Energie, Naturschutz und Tierschutz

Tel.: 0611/350 741
E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de
www.ursulahammann.de

SIGRID ERFURTH



Stellv. Fraktionsvorsitzende / Sprecherin für Finanzen, Europa, Schutz der Werra

Tel.: 0611/350 743
E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de
www.sigrid-erfurth.de

DANIEL MAY



Sprecher für Landwirtschaftspolitik, Gentechnik und Ländlichen Raum

Tel.: 0611/350 794
E-Mail: d.may@ltg.hessen.de
www.daniel-may.de



WALDSCHÄDEN WEITER ZU HOCH

Hessens ausgedehnte Wälder sind nach wie vor erheblich geschädigt. Schadstoffeinträge aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft schädigen den Wald. Die Klimaveränderung mit trockeneren Sommern und milderem Wintern stresst die Bäume und erhöht den Befall mit Schädlingen. Die hohe Wilddichte sorgt dafür, dass der Wald sich nicht regenerieren kann. Im Ried stirbt der Wald auf Grund immer weiter sinkender Grundwasserspiegel. Zwar findet man heute nicht verbreitet spektakuläre Waldschadensbilder wie das noch in den 1980er Jahren der Fall war, dennoch sind die Waldschäden auf einem unerträglich hohem Niveau, das gesenkt werden muss!

ERHOLUNGSRAUM WALD

Der Wald ist ein wichtiger Erholungsraum für den Menschen, er ist Lebensraum für viele Arten und bietet uns

Energie und Rohstoffe. Damit diese Funktionen miteinander harmonisieren setzen wir Grüne uns für eine naturnahe Waldbewirtschaftung ein. Dabei liegt ein Schwerpunkt darauf, dem Wald die Möglichkeit zu geben, sich durch Naturverjüngung statt durch das Pflanzen junger Bäume natürlich und selbständig zu regenerieren. Dieser natürliche Prozess kostet deutlich weniger als das aufwendige Pflanzen und Schützen kleiner Bäume.

VERJÜNGUNG ERMÖGLICHEN

Der Naturverjüngung steht jedoch entgegen, dass es zu viel Wild im Wald gibt. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, dass die hohen Wildbestände durch effektivere Bejagung und durch ein Verbot der Wildfütterung so reduziert werden, dass eine natürliche Verjüngung des Waldes wieder möglich wird.



FSC für alle Wälder in Hessen wäre sinnvoll

Auf Landes- und auf kommunaler Ebene wollen wir erreichen, dass der hessische Staatswald und die kommunalen Wälder nach den hochwertigen Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden. Mit der FSC-Zertifizierung wird bescheinigt, dass hohe ökologische und soziale Anforderungen im Wald umgesetzt werden.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Ländlicher Raum

BELASTUNGEN IM RHEIN-MAIN-GEBIET VERRINGERN

Die Belastung der Rhein-Main-Region mit Luftschadstoffen sowie mit Lärm ist enorm hoch und gefährdet die Gesundheit der Menschen. Bereits jetzt werden die von der EU festgelegten strengen Grenzwerte bei Feinstaub und Stickstoffdioxid regelmäßig überschritten. Die Landesregierung hat bisher noch

keine schlüssiges Konzept zur Einhaltung der Grenzwerte vorgelegt. Ein erster Schritt, um die Luftverschmutzung zu verbessern, ist aus unserer Sicht die Einführung einer regionalen Umweltzone. Dadurch werden alte Autos mit hohem Schadstoffausstoß weiträumig aus dem belasteten Rhein-Main-Ballungsraum gehalten.

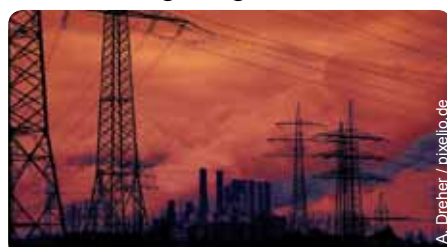
BLOCKADE DER LANDESREGIERUNG

Die Städte Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden und Bad Homburg haben bereits einen Vorstoß für eine regionale Umweltzone gemacht. Allerdings verweigert die Landesregierung, allen voran das FDP geführte Verkehrsministerium, bisher die Genehmigung dafür. Angeblich würden die Schadstoffe wie Stickstoffdioxid und Feinstaub dadurch nur geringfügig verringert. Dabei hat das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie bestätigt, dass Umweltzonen knapp sieben Prozent Einsparung bei Stickstoffdioxid und zwölf Prozent bei Feinstaub bringen können. Wir fordern die Landesregierung daher auf, die kommunalen Initiativen nicht länger zu blockieren und sich aktiv für zusätzliche Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung stark zu machen.

In Berlin hat sich bereits gezeigt, dass die Einführung der Umweltzone den Um-

stieg auf neuere und schadstoffärmere Autos befördert und damit die Schadstoffe reduziert hat. Der Verkehr ist eine der Hauptquellen für Lärm, Feinstaub und Stickstoffdioxid. Deshalb muss es neben den Umweltzonen ein Bündel von weiteren Maßnahmen geben. Dazu können aus Grüner Sicht zum Beispiel Durchfahrtsverbote für LKW aber auch ein Tempolimit im Rhein-Main-Gebiet gehören.

www.gruene-hessen.de - Themen -
Ressourcenschutz



Das Rhein-Main-Gebiet ist erheblich belastet

kein schlüssiges Konzept zur Einhaltung der Grenzwerte vorgelegt. Ein erster Schritt, um die Luftverschmutzung zu verbessern, ist aus unserer Sicht die Einführung einer regionalen Umweltzone. Dadurch werden alte Autos mit hohem Schadstoffausstoß weiträumig aus dem belasteten Rhein-Main-Ballungsraum gehalten.

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt

Fotos
www.pixelio.de

Druck Mai 2011